

Eidgenössische Volksabstimmung vom 12. März 1995 : Gegen die Agrarlobby - für weniger Ausgaben

Autor(en): **Tschanz, Pierre-André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **22 (1995)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909692>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eidgenössische Volksabstimmung vom 12. März 1995

Gegen die Agrarlobby – für weniger Ausgaben

Das Schweizer Volk hat am 12. März zu den drei Landwirtschaftsvorlagen nein gesagt. Die Einführung einer Ausgabenbremse wurde hingegen gutgeheissen. Mit 37 Prozent war die Stimmbeteiligung die niedrigste seit vier Jahren.

Der Verfassungsartikel zur Landwirtschaft sah eine Neuregelung der Agrarpolitik der Nachkriegszeit vor. Bei dieser Vorlage handelte es sich um einen Gegenvorschlag zur vom Schweizerischen Bauernverband zurückgezogenen Volksinitiative. Der neue Agrarartikel hätte den multifunktionalen Leistungsauftrag der Landwirtschaft in der Verfassung verankert. Er wurde von 50,8 Prozent der Stimmenden und in 14 Kantonen abgelehnt.

Durch die Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses von 1988 wäre der Handel mit Milchkontingenten möglich geworden. Diese Flexibilisierung, gegen die die Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern das Referendum ergriffen hatte, wurde im Verhältnis von fast zwei gegen eine Stimme abgelehnt.

Ebenfalls mit zwei Nein gegen ein Ja sprach sich das Volk gegen die Ände-

rung des Landwirtschaftsgesetzes und somit gegen obligatorische Solidaritätsbeiträge zur Verbesserung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte aus.

Auffallend war das Stimmverhalten in der Romandie, wo der Verfassungsartikel von sechs, der Milchwirtschaftsbeschluss von vier und die Solidaritätsbeiträge von drei Kantonen befürwortet wurden.

Klar angenommen wurde die Einführung einer Ausgabenbremse. 83 Prozent der Stimmenden und alle Kantone stimmten ihr zu. Damit ist inskünftig für jede einmalige Ausgabe von über zwanzig Millionen Franken und für alle wiederkehrenden Ausgaben von über zwei Millionen Franken in beiden Kammern eine Mehrheit aller – und nicht wie bis anhin nur der anwesenden – Parlamentsmitglieder erforderlich.

PAT



Die «Verlierer». Melchior Ehrler, Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes: «Wir haben das Volk nicht von dem überzeugen können, was wir wollten. Das Resultat wird die Bauern noch misstrauischer gegenüber der Politik machen.»



Die «Sieger». Ruedi Baumann, Nationalrat der Grünen und Kopräsident der Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern: «Das dreifache Nein richtet sich nicht gegen die Bauern, sondern ist eine Absage an die traditionelle Agrarpolitik.»



Presseschau

Die Schweizer Presse hat den Lehren aus dem dreifachen Nein zu den Landwirtschaftsvorlagen breiten Platz eingeräumt. Einig sind sich alle Kommentatoren darin, dass die Reform der Landwirtschaft beschleunigt werden muss.

Neue Zürcher Zeitung

Die Landwirtschaft soll sich mehr und schneller in Richtung Ökologie entwickeln und dabei deutlich marktwirtschaftlicher werden: Dies sind die Signale, welche der äusserst knappe Urnenentscheid gegen den Agrarartikel gibt. Allerdings bleiben die Signale diffus, denn es lässt sich ob der unheiligen Allianz im Vorfeld der Abstimmung nur schwer ausmachen, ob es der Ruf nach mehr Wettbewerb und Unternehmertum sowie nach EU-konformen Niedrigpreisen einerseits oder jener für eine radikale Bioproduktion andererseits war, dem das Stimmvolk tatsächlich gefolgt ist.

LNN LUZERNER NEUESTE NACHRICHTEN

Eine Niederlage ist das Abstimmungsergebnis für die Butter-, Käse- und Milchbarone, die zusammen mit ihren Parteien sowohl im Stände- als auch im Nationalrat alles unternommen haben, um zu verhindern, dass die staatlichen Leistungen an irgendwelche ökologischen Vorschriften gebunden werden. Wären da nur einige kleinere Schritte gemacht worden – zum Beispiel die Deklarationspflicht für landwirtschaftliche Produkte – hätte zumindest der Verfassungsartikel viel weniger Angriffsflächen geboten.



Bio-Bauer im Kanton Bern. Das dreifache Nein vom 12. März dürfte die schweizerische Landwirtschaftspolitik in seinem Sinne verändern. (Fotos: Keystone)

Der Bund

Das Unvermögen des Parlaments, ebenso der wenig dezidierte Kurs von Landwirtschaftsminister Delamuraz haben diese Quittung verdient. An ihnen ist es nun, in rascher Folge die elementaren Forderungen nach einem Öko-Nachweis für Direktzahlungen, einer umfassenden Deklarationspflicht sowie Lenkungsabgaben auf Hilfsstoffen zu erfüllen.

L'Impartial

Das Resultat desavouiert die Behörden nicht wirklich: Die Reform der Landwirtschaftspolitik ist im Gange und ihre Ziele werden auch nicht in Frage gestellt. Es handelt sich vielmehr um eine Temperatur-Messung – allerdings um eine lehrreiche.

Die Ostschweiz

An diesem Wochenende hat sich erwiesen, wie falsch der Bauernverband und seine Repräsentanten wie bürgerlichen Lobbyisten die Vorlagen im Parlament eingefädelt haben. Indem sie alle Ansätze, die Landwirtschaft auf eine wirkungsvollere grüne Linie zu bringen, im politischen Güllenschlamm versenken.

Tagesanzeiger

In der eidgenössischen Politik ist die Vormacht der herkömmlichen Bauernvertreter und ihres Verbandes gebrochen. Zwar haben sie im Parlament nach wie vor das Sagen, und geradezu hörig ist ihnen der Ständerat. Aber das Volk macht zum Glück nicht länger mit.

Nouvelliste et Feuille d'Avis du Valais

Heisst das, dass die welschen Kantone, die den Verfassungsartikel angenommen haben, weniger grün und bereit sind, sich melken zu lassen? Überhaupt nicht. Wie gewöhnlich waren sie empfänglich für die «ausserpolitische» Komponente des vorgeschlagenen Paketes, sprich für das GATT.

Giornale del Popolo

Dem Bundesrat ist es nicht gelungen, die Stimmenden von seinen ernsthaften Absichten zu überzeugen, das landwirtschaftliche Umfeld einer Verjüngung zu unterziehen. Dies ist zum Teil auf das dem Volk vorgelegte Abstimmungspaket zurückzuführen, das mit zwei schwerfälligen Vorlagen beladen war: der Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses und der Einführung von obligatorischen Solidaritätsbeiträgen. Zwei Vorlagen, die den Verdacht von neuen bürokratischen Erschwernissen oder gar von Missbrauch aufkommen liessen. **PAT**

Kommentar

Die Entscheidungen des Souveräns vom 12. März enthalten ein wichtiges politisches Signal: «Vorwärts marsch!» Reform der Landwirtschaft und Wiederherstellung des Gleichgewichts bei den Bundesfinanzen!

Über die Ermutigung hinaus, die Bemühungen um die strukturelle Sanierung der Bundesfinanzen mit Entschlossenheit weiterzuverfolgen, ist das massive Ja zur Ausgabenbremse auch ein Anerkennungszeichen für die Hartnäckigkeit von Finanzminister Otto Stich – und eine Verwarnung an das Parlament für seine Wankelmütigkeit.

Das dreifache Nein zu den Landwirtschaftsvorlagen ist zunächst einmal eine Zurechtweisung der Agrarlobby: Vorbei sind die Zeiten, als sich die Bauernschaft am Euter des Staates und des Konsumenten ernähren konnte. Es reiht sich ein in die Serie von drei weiteren Verwarnungen: ein aufsehenerregendes Nein zur Reform der Zuckerwirtschaft 1986, ein Beinahe-Erfolg der Kleinbauern-Initiative 1989 und ein Nein zur Reform des Rebbaubeschlusses vor fünf Jahren. Die traditionelle Landwirtschaftspolitik bekommt es heute in der

Abstimmungsergebnisse

Verfassungsartikel über die Landwirtschaft (Gegenentwurf zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige Landwirtschaft»)

JA 835 051 (49,2%)

Kantone: AI, FR, GE, JU, LU, NE, OW, TG, VD, VS

NEIN 864 871 (50,8%)

Kantone: AG, AR, BE, BL, BS, GL, GR, NW, SG, SH, SO, SZ, TI, UR, ZH, ZG

Änderung des Milchwirtschaftsbeschlusses (Kontingenthandel)

JA 619 779 (36,6%)

NEIN 1 077 135 (63,4%)

Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Solidaritätsabgaben)

JA 568 886 (33,6%)

NEIN 1 125 183 (66,4%)

Ausgabenbremse

JA 1 387 556 (83,4%)

Alle Kantone

NEIN 277 816 (16,6%)

Stimmbeteiligung: 37%

Schweiz mit einer Verweigerungsmehrheit zu tun. Die Schweizer Bevölkerung hat genug von ihrer hypergeschützten und hypersubventionierten Landwirtschaft. Sie will eine Landwirtschaft, die mehr Rücksicht auf die Natur nimmt, und Familienbetriebe, die gesündere Produkte zu günstigeren Preisen herstellt – kurzum eine Landwirtschaft, die sich nach den Wünschen der Konsumenten richtet.

Die von der Regierung eingeschlagene Politik weist in diese Richtung. Die Reform der Landwirtschaft wurde vor drei Jahren unter dem doppelten Druck der Unzufriedenheit im Innern und der Liberalisierung des Welthandels in Angriff genommen.

Nicht zu dieser Reform hat das Volk dreimal nein gesagt, sondern zur alten Landwirtschaftspolitik und zu den offiziellen schweizerischen Bauernvertretern. Deshalb kann Bern die Neuorientierung der schweizerischen Landwirtschaftspolitik trotz des dreifachen Neins nicht nur weiterverfolgen, sondern gar beschleunigen. Die Regierung hat eine Verstärkung des ökologischen Aspekts der Reform versprochen. Darüber wird sich die Bevölkerung nicht beklagen!

Pierre-André Tschanz